



## Presseinformation

Es gilt das gesprochene Wort!

Sperrfrist Redebeginn

Nr. 029 / 2014

Kiel, Donnerstag, 23. Januar 2014

**Wolfgang Kubicki, MdL**  
Vorsitzender

**Christopher Vogt, MdL**  
Stellvertretender Vorsitzender

**Dr. Heiner Garg, MdL**  
Parlamentarischer Geschäftsführer

Wirtschaft / Teilzeitausbildung

## Christopher Vogt: Das ist Arbeitsmarktpolitik zum Abgewöhnen

In seiner heutigen Rede zu Top 27 (Teilzeitausbildung) erklärt der Stellvertretende Vorsitzende und wirtschaftspolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Christopher Vogt**:

„Auch ich danke dem Minister für seinen Bericht, auch wenn mich das Vorgehen der Landesregierung sowie der Koalitionsfraktionen bei diesem Thema doch sehr irritiert.

Ich denke, in einem Punkt herrscht hier Einigkeit: Eine fehlende Ausbildung ist der Einstieg in ein Leben mit niedrigen Löhnen, geringen Rentenanwartschaften und der latenten Gefahr der Arbeitslosigkeit. Weder ein gesetzlicher Mindestlohn noch ein noch so gut ausgestatteter Sozialstaat können den Wert einer soliden Ausbildung und eines erlernten Berufes finanziell und ideell ersetzen. Die Teilzeitausbildung ist da ein hervorragendes Instrument, um Abhilfe zu schaffen. Wir haben daher den öffentlich völlig unangekündigten Schritt des Wirtschaftsministeriums nicht nachvollziehen können. Wir können es uns nicht erklären, warum ausgerechnet an dieser Stelle und in dieser Form der Rotstift angesetzt wird. Natürlich ist das immer so eine Sache mit Projektfinanzierungen, die schon länger laufen als es ursprünglich geplant war und natürlich gab es längere Zeit zu Recht die Sorge, dass die Europäischen Mittel hierfür stärker gekürzt werden, als es dann am Ende der Fall war.

Es ist jetzt doch so: Am Geldmangel kann es momentan doch nicht ernsthaft liegen, wenn man gleichzeitig für eine halbe Million Euro ‚den echten Norden‘ entwickeln lässt. Von ‚richtiger Schwerpunktsetzung‘ kann man da ja nun nicht gerade sprechen. Es mag ja richtig sein, dass die 777 vermittelten Teilzeitausbildungen in acht Jahren keine überaus hohe Zahl sein mag, aber ich möchte daran erinnern,

dass bei diesen 777 jungen Frauen und Männern die berufliche Situation auch besonders schwierig war. Jeder dieser 777 jungen Menschen ist ein Einzelfall gewesen, der Beratung benötigt hat. Überwiegend – fast ausschließlich – waren es junge, alleinerziehende Mütter – nicht selten mit einem unterdurchschnittlichen Schulabschluss.

Dem drohenden Teufelskreis von schlechter Bezahlung, latenter Arbeitslosigkeit und andauernden Transferleistungen kann mit einer Teilzeitausbildung erfolgreich und dauerhaft begegnet werden. Dies gilt es anzuerkennen, wenn man kritisiert, dass die Zahl der Beratungen und Vermittlungen nicht besonders hoch war.

Gerade junge Mütter benötigen eine besondere Unterstützung auf ihrem Weg ins Arbeitsleben. Sie sind auf ein gut organisiertes und weitreichendes Netzwerk angewiesen. Das bisherige Netzwerk ‚Chance für Frauen‘ war beispielsweise in der Lage, innerhalb weniger Stunden eine Tagesmutter zu organisieren. Dies muss auch in Zukunft gewährleistet sein. Der Mehrwert des Netzwerkes war insofern unbezahlbar. Und es ist, das bin ich mir sicher, auch für den Steuerzahler und den Staat unterm Strich besser und eben auch kostengünstiger, dieses Netzwerk weiter zu finanzieren anstatt am Ende für Transferleistungen aufzukommen.

Ich habe mit Kopfschütteln zu Kenntnis genommen, dass das Wirtschaftsministerium gegenüber den ‚Lübecker Nachrichten‘ geäußert hat, dass das wesentliche Projektziel mittlerweile ja erreicht sei und man deshalb die weitere Finanzierung des Projektes eingestellt habe. Das Modell der Teilzeitausbildung ist auf eine vernünftige Beratungsstruktur angewiesen. Die Teilzeitausbildung wird auch weiterhin gefragt bleiben und deshalb wird die Beratung und Vermittlung dazu auch in Zukunft benötigt.

Der Fachkräftemangel im Land wird größer und viele Unternehmen im Land sind heute – nicht ganz uneigennützig – auch bereit, auch den Jugendlichen eine Chance zu geben, die vor einigen Jahren diese vielleicht nicht bekommen hätten. Aber gerade deshalb muss es doch einen Anknüpfungspunkt geben. Eine Stelle, die vernünftige Beratung anbietet und bei Problemen hilft.

Man muss sich über den arbeitsmarktpolitischen Kurs dieser Landesregierung wirklich wundern. Ich glaube, das liegt ganz einfach daran, dass sie gar keinen hat. Wie schon bei der Diskussion um die Zukunft der Weiterbildungsverbände muss man auch bei diesem Schritt den Eindruck haben, dass Sie arbeitsmarktpolitisch völlig ohne Konzept agieren. Nun ist es ja auch eine Form von Verlässlichkeit, ständig unzuverlässig zu agieren, aber ich möchte Minister Meyer auffordern, endlich damit zu beginnen, sich im Interesse des Landes persönlich um den Bereich der Arbeitsmarktpolitik zu kümmern und dieses wichtige Politikfeld nicht weiter stiefmütterlich zu behandeln.

Es macht keinen Sinn und es ist mehr als nur fahrlässig, bestehende Strukturen zu zerschlagen und danach nebulös über irgendwelche neuen Konzepte zu fabulieren. Das ist Arbeitsmarktpolitik zum Abgewöhnen. Fangen Sie endlich an, verantwortungsvoll in diesem Bereich zu agieren.“